

INHALT

Einführung	7
Putins Säulen der Kleptokratie	11
Des Kremls Traum von der Großmacht	37
Moskaus Abwendung vom Westen	57
China – der strategische Partner?	78
Putin, die Raketen und die Angst	97
Russland auf dem Weg zum Olymp?	115
Von der Arktis bis nach Zentralafrika	141
Putins graue Männer	164
Die Festung Russland	184
Der Bluff oder »pokasucha« – so tun, als ob	209
Der Überfall auf die Ukraine	231
Anhang	
<i>Anmerkungen</i>	263
<i>Literaturverzeichnis</i>	300
<i>Dank</i>	303
<i>Angaben zum Autor</i>	304

EINFÜHRUNG

Moskau hat die Welt verändert. Seit dem 24. Februar 2022 ist nichts mehr so, wie es einmal war. Wladimir Putin hat auf seinem Weg in eine »russische Welt«, wie sie nur in seinem Kopf existiert, das Nachbarland Ukraine überfallen, hat ihm den Krieg aufgezwungen. Er hat Tod, Zerstörung und Verderben in ukrainische Dörfer und Städte getragen und wählte sich dennoch in einer »Befreiungsoperation«. Über zehn Millionen Ukrainer, meist Frauen und Kinder, mussten fliehen, um ihr Leben zu retten.

Zynisch und gnadenlos hat der Präsident der Russischen Föderation die ukrainische Hafenstadt Mariupol das Schicksal von Grosny und Aleppo durchleiden lassen, hat Charkiw, Sumy, Kiew und auch das ganz im Westen liegende Lviv bombardiert, hat sich ein Land, das er wenige Monate zuvor noch als »Bruderland« bezeichnete, zum Feind gemacht. Auf Jahre oder sogar Jahrzehnte. Und er hat damit fast die gesamte Welt gegen sich aufgebracht. »Mein Land ist in den Krieg gezogen, und ich konnte es nicht aufhalten, mein Land ist verrückt geworden, und ich konnte nicht helfen« dichtete der russische Rockmusiker und Gründer der Gruppe »Maschina Wremeni« (Die Zeitmaschine) Andrej Makarewitsch schon 2014, als Putin sich die Krim einverleibte und in der Ostukraine Vasallenregime installieren ließ.

Mit dem Krieg 2022 wurde die Situation weit brisanter. Seit dem Moment, da der Mann im Kreml eine mehr als 100 000 Mann starke Armee über die Grenze in die Ukraine befohlen hat, steht die Welt vor einem drohenden Flächenbrand. Putins Drohungen mit einem möglichen Atomwaffen-Einsatz haben wir noch im Ohr.

In höchster Gefahr ist indes auch die Weltwirtschaft. Das bisher gültige Kooperationsmodell, in dem jeder jederzeit an dem Ort kaufen konnte, wo es am preiswertesten war, in dem die

eigene Produktion dank weltweit vernetzter Lieferketten funktionierte, war bereits vorher durch verschiedene Krisen an den Rand seiner Möglichkeiten geraten. Durch Putins Kriegslüsternheit ist es endgültig in seiner Existenz bedroht.

Was, so rätselte man landauf, landab, hat ihn dazu getrieben, welche Gründe haben Putin bewogen, die Ukraine anzugreifen? Von dort drohte Russland keine Gefahr, sie gab es lediglich in der Vorstellungswelt eines der Realität entrückten Kremlchefs.

Auch die von Putin beschworene Bedrohung aus dem Westen existierte nicht. Darüber hatten ihn wenige Tage zuvor hohe russische Offiziere im Ruhestand aufgeklärt. In einem Aufruf verwiesen sie darauf, dass von der Nato keine bedrohlichen Aktivitäten ausgingen, ihre Streitkräfte würden nicht aufgestockt. Die »aufgeladene Situation um die Ukraine« sei in erster Linie künstlich und diene internen Kräften in der Russischen Föderation.¹

Dass Putin dennoch losschlug, scheint vielen in Deutschland unbegreiflich und überraschend. Allerdings nur denjenigen, die die seit langem erkennbaren Anzeichen einer zunehmenden Aggressivität des Systems Putin, seine Intention, die Entwicklung der vergangenen dreißig Jahre mit der Charta von Paris, der NATO-Russland Grundakte und anderen internationalen Verträgen zurückzurollen, nicht hatten sehen wollen.

Dabei war die zynische Freude der Meinungsmacher des Kremls nicht zu überhören, wenn sie immer neue Ideen zur atomaren Zerstörung mal der USA, mal Islands unters Publikum brachten. Fake News waren ihr tägliches Geschäft: Der Feind, homophil und verderbt, steht an Russlands Grenzen, bereit, jeden Moment loszuschlagen. Das wirkte bis in die tiefste Provinz. »Warum«, fragte mich eine freundliche, sympathische Familienmutter, »wollt ihr Deutschen uns überfallen?« Das war vor sechs Jahren.

Tatsächlich hat eine allgegenwärtige, aggressive und verlogene Propaganda, die schon im Kindergarten ansetzt, einen gro-

ßen Teil der russischen Bevölkerung in einen zombieähnlichen Zustand versetzt. In den verzückten Augen von 100 000 Moskauern, die im März 2022 im Luschniki-Stadion den achten Jahrestag der Eroberung der Krim feierten und ihrem Idol Putin zujubelten, war zu lesen: Dieser Völkerrechtsbruch ist längst eingegangen in die Mythenwelt der staatlich verordneten Geschichtsbetrachtung. Ebenso die Lüge von der Nazi-Herrschaft in der Ukraine, die zu beenden angeblich eine Frage des Überlebens sei.

»Auf ukrainischem Territorium kämpfen unsere Soldaten und Offiziere jetzt für Russland, für ein friedliches Leben der Bürger des Donbass, für die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine, damit kein ›Anti-Russland‹, das der Westen jahrelang direkt an unseren Grenzen geschaffen hat, uns bedroht, auch nicht mit Atomwaffen«,² hatte Putin zuvor bei anderer Gelegenheit behauptet.

Widerspruch gegen Putins verbrecherischen Angriffskrieg gab es zunächst kaum. Seit Jahren hatte der Kreml oppositionelle Regungen systematisch niedergemacht, kritische, unabhängige Medien verboten oder außer Landes getrieben, Regimegegner wie den Korruptionsbekämpfer Alexej Nawalny eingesperrt. Vor allem nach den Verfassungsänderungen von 2020, von klarsichtigen Russen auch »Putsch« genannt, gab es nur noch »ein Volk, ein Präsident«. Das geistige Aufmarschfeld für den Kampf gegen einen erfundenen Feind war bereit. Der Kremlchef kannte nur noch Patrioten oder »Abschaum und Verräter«.

Folgerichtig wächst die Zahl der ins Exil Getriebenen ständig; viele von ihnen haben sich im Forum Freies Russland zusammgefunden, um Widerstand gegen Putin zu leisten. Dort findet man die Blüte der russischen Intelligenzija, die ihre Heimat verlassen musste. Neben dem Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow, der Politologin Maria Snegowaja und der Menschenrechtlerin Olga Romanowa stehen die Namen von Alexander Morosow, Journalist und Politologe, Jurij Piwowarow, Historiker,

Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Wladislaw Inosemzew, Ökonom und Historiker, Viktor Schenderowitsch, Schriftsteller.

Anfang März, der Krieg war bereits in vollem Gange, rief das Forum die westlichen Länder, in erster Linie die USA, auf, »ihre militärische Präsenz in der Region deutlich zu verstärken«. Denn sollte es Putin gelingen, die Ukraine zu erobern, würden möglicherweise das Baltikum und weitere Länder der ehemaligen Sowjetunion folgen. Dem Westen warfen die Mitglieder des Forums vor, »die Warnungen der russischen Opposition über das Wesen des Putin-Regimes« ignoriert zu haben.

In der jetzt vorliegenden zweiten Auflage meines Russlandbuches, das 2020 erschienen ist, analysiere ich die neuesten Entwicklungen nach dem 24. Februar 2022, beschreibe den mutigen Widerstand des ukrainischen Volkes und ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskij. Geblieben sind die Abschnitte, die sich mit dem Kern des Putin-Systems beschäftigen, mit seinen charakteristischen Zügen, seinen weltweiten Interventionen und den Ambitionen, den Status einer Weltmacht zu erobern. Sie erklären die Hintergründe, die die gegenwärtigen Entwicklungen erst ermöglichten. In dem Zusammenhang konnte ich feststellen, dass das in Russland sehr geläufige Wort »pokasucha« – so tun, als ob – neue Anwendungsmöglichkeiten gefunden hat: Wir tun so, als wäre das kein Krieg, sondern eine »Befreiungsaktion«; wir tun so, als würden wir nur militärische, keine zivilen Objekte angreifen; wir tun so, als lief alles nach Plan.

PUTINS SÄULEN DER KLEPTOKRATIE

Putinismus – das ist die Verachtung des Menschen und seiner Würde, die Unterdrückung der Freiheit, die Implantation von Angst, die Käuflichkeit, die Ignoranz gegenüber dem Völkerrecht und die wachsende Konfrontation mit den entwickelten Ländern der Welt.

*Grigorij Jawlinskij,
Gründer der liberalen Jabloko-Partei*

Silvester 1999. Der türkische Supermarkt am Moskauer Stadtrand war an diesem Tag besonders frequentiert. Die Moskauer wollten am letzten Tag des Jahres 1999 noch die letzten Einkäufe erledigen, ehe in der Nacht die Feierlichkeiten zur Begrüßung des neuen Jahres beginnen konnten. Das Wort Silvester und die damit verbundene Tradition, das alte Jahr zu verabschieden, ist eher in Westeuropa bekannt. Aber egal, woher die Kunden auch kommen mochten, gefeiert würde in jedem Fall. Die Einkaufswagen wurden noch einmal vollgepackt mit Lebensmitteln und diversen Getränken, als gäbe es kein Morgen. Acht Jahre nach dem Ende der Sowjetunion gehörten die permanenten Versorgungsmängel der Vergangenheit an. Vergessen waren sie freilich nicht. Saß man mit Freunden zusammen, warf bestimmt irgendjemand ein »Wisst ihr noch?« in die Runde, und es wurde in Erinnerungen gekramt, Geschichten über besonders pfiffige Lebensmittel-Beschaffungsaktionen wurden zum Besten gegeben.

Meine Frau und ich hatten uns ebenfalls ins Einkaufsgewühl gestürzt und kräftig eingekauft. Zufrieden fuhren wir zurück in unsere Wohnung am Kutusow-Prospekt. Der kleine Škoda Felicia, kürzlich erst erworben bei einer Firma, die ihren Sitz auf den British Virgin Islands und ihr Bankkonto in Amsterdam hatte, war beladen mit allerlei Festtagsköstlichkeiten.

Dieser Jahreswechsel stand unter einem besonderen Stern. Über allem lag eine leichte, kaum merkliche Spannung. Schlag Mitternacht würde das Jahr 2000 beginnen, über das in den Monaten und Wochen zuvor schon viel geschrieben und gesprochen worden war. Es drohte, wie manche glaubten, das »Jahr-2000-Syndrom«. Viele argwöhnten, die Computersysteme würden verrücktspielen, weil sie diesen Sprung ins nächste Jahrtausend nicht bewältigen könnten. Das warf auch die Frage auf, was mit den russischen Atomraketen werden würde, die in ihren Bunkern tagein, tagaus auf ihren Startbefehl warteten. Würden die Raketen brav in ihren Silos bleiben? Die gleiche Frage richtete sich natürlich auch an die Amerikaner, aber damit sollten sich ruhig meine Kollegen in New York und Washington beschäftigen.

Hier in Moskau hatte der Chef der russischen strategischen Raketenabwehr, General Sergej Martynow, schon Wochen vor dem Jahreswechsel auf einer Pressekonferenz beschwichtigende Worte gefunden. Es drohe keine Gefahr, und wer daran zweifle, könne ja die Neujahrsnacht mit ihm zusammen im zentralen Kommandostab in Odinzowo bei Moskau verbringen. Das war als leutseliger Scherz gedacht, aber ich beschloss, den Mann beim Wort zu nehmen. Ich dankte per Fax an die Raketentruppen für die freundliche Einladung, ich würde sie gern annehmen, schrieb ich ihm.

Es geschah ein kleines Wunder. Ich bekam einen Brief, unterschrieben vom Chef der strategischen Raketenabwehr. Er freute sich über den Humor des Korrespondenten, natürlich sei das mit der gemeinsamen Feier nicht ganz ernst gemeint gewesen. Aber ich würde die Telefonnummer des Diensthabenden bekommen, den ich in der Neujahrsnacht anrufen könne. Der Offizier würde mir alle meine Fragen beantworten. Die Telefonnummer erhielt ich tatsächlich, der spannende Anruf in der Neujahrsnacht war gesichert. Ich hatte ein »heißes« Thema, das mir die Heimatredaktionen am kommenden Tag ganz sicher freudig aus den Händen reißen würden. Es sollte anders kommen.

Wir fuhren in Richtung Stadtzentrum und näherten uns dem Triumphbogen, der an den Sieg General Kutusows über das napoleonische Heer im Jahr 1812 erinnert. Da drangen Nachrichtenfetzen des beliebten Moskauer Radiosenders *Echo Moskwy* an mein Ohr. Überrascht schaute ich meine Frau an. Hatte sie das auch gehört? Tatsächlich, kein Zweifel war möglich! Der Sender berichtete, dass Boris Jelzin, der erste Präsident der Russischen Föderation, die er mit seinem Sturz des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow 1991 ins Leben gerufen hatte, gerade zurückgetreten sei. Noch am gleichen Tag sollten wir im Fernsehen die permanent wiederholte Abschiedsrede mehrfach sehen. Darin verkündete Jelzin mit zittriger Stimme »Ja uchoschu. Ich trete zurück«.

Zum amtierenden Präsidenten wurde, wie es die Verfassung vorsah, zur gleichen Stunde der Premierminister der Russischen Föderation ernannt: Wladimir Wladimirowitsch Putin. Er war erst im Sommer 1999 vom Chefposten des Inlandsgeheimdienstes FSB auf den Sessel des Premiers gewechselt. Die Popularitätskurve des zunächst blassen Putin war innerhalb weniger Monate steil nach oben gestiegen. Der neue, weitgehend unbekannte Regierungschef hatte einen zweiten Tschetschenien-Krieg entfacht und dabei eine Art von Entschlossenheit bewiesen, wie es die Hardliner in Moskau gern sahen. Tschetschenische Opfer zählten nicht.

Putins erste Amtshandlung nach seiner Ernennung zum amtierenden Präsidenten bestand in der Unterzeichnung eines Dekrets, das dem scheidenden Boris Jelzin und seiner Familie Straffreiheit auf Lebenszeit garantierte. Damit erfüllte er ein zuvor gegebenes Versprechen. Mit seiner zweiten Unterschrift übernahm er den »Atomkoffer« und ein Land, zerrissen von Widersprüchen.

20 Jahre später

20 Jahre später. Entspannt sitze ich im Schatten einer Weide auf der Datscha meiner Freunde in Alatschkowo bei Moskau. Als wir die Weide vor vielen Jahren pflanzten, war sie klein und mickrig. Jetzt ist sie groß genug, uns vor der knalligen Sonne zu schützen. Mein Gegenüber, ein Nachbar meiner Gastgeber, streichelt seinen winzigen Schoßhund und gießt Wodka nach. »Aber ja«, sagt er leutselig, »wir befinden uns im dritten Weltkrieg mit euch, schon lange.« Und in dem werde eines Tages unzweifelhaft Russland obsiegen.

Ljoscha Pankin, der Sohn eines ehemaligen russischen Außenministers, kämpft in diesem »Krieg«, indem er in der staatlichen TV-Dachorganisation WGTRK jeden Tag russische national-patriotische Videos auswählt, die dann bei YouTube veröffentlicht werden. »Putinversteh« in Deutschland halten die Videos dann für eine empfehlenswerte alternative Informationsquelle, für den »fehlenden Part«, der ihnen angeblich vom deutschen »Mainstream« vorenthalten wird. Ljoschas Töchter leben derweil in dem Ausland, mit dem ihr Vater gerade »Krieg« führt. Die eine ist in Deutschland verheiratet, die andere studiert in den USA, wo sich auch Ljoschas Gattin gerade auf einer Dienstreise befindet. Sie ist Journalistin bei *Radio Free Europe*. Zoff in der heimatlichen Wohnung ist da nicht selten. Ljoschas Vater Boris Pankin, der zur Zeit Gorbatschows für ein paar Monate dem Außenministerium vorstand, verbringt seinen Lebensabend in Schweden. Er ist Rentner und akkreditiert als politischer Beobachter der russischen Regierungszeitung *Rossijskaja Gaset*a. Sieht da jemand Widersprüche? Ljoscha nicht.

Oleg, ein alter Bekannter, Ingenieur, Ende 40, schaut mit seiner Familie vorbei. Er fühlt sich verpflichtet, dem Ausländer die russische Politik nahezubringen. Selbst mein Einwand, dass ich dieses Mal nur Urlaub in Russland mache, kann seinen Eifer nicht bremsen. Es sind die üblichen Versatzstücke der rus-

sischen Propaganda: Die Krim gehört uns (Krim nasch!), sie ist schon immer russisch gewesen. Russen, die diese Meinung nicht teilen, eine Minderheit, nennen Leute wie ihn übrigens »Krimnaschisten«.

Nach dem Anschluss, so agitiert Oleg, seien die Menschen dort jetzt alle glücklich. Sie wollten nie zur Ukraine gehören, man habe sie sogar gezwungen, Ukrainisch zu sprechen. Was nicht stimmt. Der Westen bedrohe Russland, die Sanktionen sollen es in die Knie zwingen. Das habe aber nur dazu geführt, dass Russland sich auf die eigenen Stärken besonnen habe. Viele Lebensmittel, die nicht mehr importiert werden dürfen – übrigens wegen der »Kontersanktionen«, die Moskau selbst gegenüber dem Westen verfügte –, würden inzwischen durch einheimische Produktion ersetzt. »Wir stellen jetzt schon sehr ordentlichen Parmesan her!« Der Hausherr hat es längst aufgegeben, mit diesem Gast zu diskutieren. Ihre Begegnungen sind seltener geworden. Ihm ist es peinlich, dass ich diese, wie er sagt, primitiven patriotischen Sprüche hören muss.

Die haben nach der zur Fußball-Weltmeisterschaft verordneten freundlichen Weltoffenheit wieder die alte Schärfe gewonnen. Statt der weltumspannenden Freundschaftsrhetorik tauchten erneut markige Drohungen auf, die es auch vor der WM schon gegeben hatte: Moschno powtoritj! »Wir können das wiederholen«, sagen Leute wie Schirinowskij unter Anspielung auf den Zweiten Weltkrieg, wenn sich vor allem die Deutschen nach Meinung russischer Politiker Dinge erlauben, die ihnen nicht zustehen: Kritik an den politischen Zuständen in Russland, an der Krim-Annexion, am Krieg in der Ostukraine. Schließlich haben sie, die Deutschen, ja 1945 eine vernichtende Niederlage im Großen Vaterländischen Krieg erlitten. Der gerade, über 70 Jahre nach Kriegsende neu gestartete TV-Sender *Pobjeda* (Der Sieg), der ausschließlich patriotische Kriegsfilme sendet, erinnert sie täglich daran.

Die Lettin Laima Waikule ist vielen Ostdeutschen noch als

Estradensängerin, das russische Wort für Schlagersängerin, aus sowjetischer Zeit bekannt. Bei einem Auftritt in Odessa (Ukraine) sagte sie auf der Bühne, dass sie für kein Geld der Welt auf der von Russland okkupierten Krim auftreten würde. In Russland brach ein Hass-Sturm los: Sie solle nicht die Hand beißen, die sie füttere, solle nicht vergessen, woher sie komme, die Balten hätten nie so gut gelebt wie zur Zeit der Sowjetunion – und dergleichen mehr. Waikule wird inzwischen in den russischen Medien als »russophob« beschimpft.

Auch Rammstein fällt in Ungnade

Auch die deutsche Rock-Gruppe Rammstein, eine der beliebtesten ausländischen Bands in Russland, musste erleben, wie schnell man dort in Ungnade fällt. Bei ihrem Auftritt im Moskauer Luschniki-Stadion küssten sich zwei Band-Mitglieder auf offener Bühne, um ein Zeichen gegen Homophobie zu setzen. Im offiziellen Russland, wo öffentliche Bekundungen dieser Art in Anwesenheit von Minderjährigen unter Strafe stehen, ein Skandal. Der Parlamentsabgeordnete Witalij Milonow rief Rammstein denn auch dazu auf, solche Auftritte in Russland künftig zu unterlassen. »Wenn sie es für möglich halten, sich derartig aufzuführen, dann sollten wir es auch für möglich halten, uns von solchem Müll fernzuhalten«, sie könnten das ja in der Ukraine aufführen, sagte Milonow – und setzte noch einen drauf, indem er die Fans der Band als »nicht normal« bezeichnete. Milonow war einer der Initiatoren des Gesetzes gegen die sogenannte »homosexuelle Propaganda«.³

Irgendwann bei meinem letzten Besuch musste ich dann doch mal nach Moskau in die City. Die Gespräche mit Taxifahrern waren interessant, wie so oft. Da war der freundliche armenische Dirigent, der mich besorgt fragte, ob sich die Deutschen noch auf die Straßen wagten. Schließlich würden ja Horden von Afrikanern und Arabern das Leben unsicher machen. Woher er

das habe? »Na, im Fernsehen zeigen sie täglich schlimme Bilder aus Deutschland ...«

Ein anderer Vertreter der Taxifahrer-Zunft, ein muskulöser Russe, wird ganz lebhaft, als er merkt, dass ich Deutscher bin. »Schade, dass Hitler den Krieg nicht gewonnen hat, das wäre besser gewesen.« Meinen Einwand, dann würden wir nicht miteinander reden können, weil Hitler die Völker im Osten einschließlich der Russen habe vernichten wollen, wischt er mit einer Handbewegung weg. »Na, dann hätten sich Hitler und Stalin eben einigen und zusammengehen müssen!« Und zu welchem Zweck? »Wir hätten zusammen Europa und die ganze Welt beherrschen können.« »Aber du weißt schon, dass du ein Faschist bist?« »Ich denke schon ...«

Derweil brannten in Sibirien die Wälder, das Feuer hatte im August 2019 bereits 4,3 Millionen Hektar Waldfläche vernichtet. Das Vielfache der Fläche der 2014 eroberten Krim. Während die Einwohner sibirischer Städte wegen der Rauchentwicklung nach Luft schnappten und Löscharbeiten erst begannen, als man in Moskau die Anweisung dazu gab, beschuldigte der Parlamentsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Duma-Komitees für Umweltschutz die russische Opposition, sie habe bei den Bränden in Sibirien die Hände im Spiel. Der Mann ist auch in Deutschland gut bekannt. Es ist der ehemalige Schwergewichtsweltmeister Nikolaj Walujew, der seinerzeit für den Boxstall des Promoters Wilfried Sauerland boxte. Woher seine Kenntnisse über den Umweltschutz stammen, ist rätselhaft. Walujew kann lediglich auf ein abgebrochenes Sportstudium verweisen.

Zur gleichen Zeit demonstrierten in der Zwölf-Millionen-Einwohner-Stadt Moskau ein paar tausend Menschen für faire Wahlen. Der Staat fühlte sich in seinen Grundfesten bedroht, verfolgte sie brutal und mit niederträchtigen Anschuldigungen. »Ausländische Organisatoren« wurden beschuldigt, die Drahtzieher zu sein. Später wird die Duma unter anderem die *Deutsche Welle* auffordern, sie solle sich im russischen Parlament für ihre

Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands verantworten.

Es sind Momentaufnahmen aus einem Land, das ich auch nach dem Ende meiner Korrespondenten-Tätigkeit regelmäßig besucht habe. Es sind Splitter einer Realität, die es so schon nicht mehr gibt. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine haben ausländische Konzerne massenweise das Land verlassen. Im Stadtbild gibt es keine Coca-Cola-Reklame mehr. McDonald's, einst der Botschafter westlicher Fastfood-Kultur, hat seine mehr als 800 Filialen in Russland geschlossen. Autokonzerne wie Mercedes, Renault und Porsche kehren dem Land den Rücken zu. Ebenso Apple und andere westliche Elektronikunternehmen, um nur einige wenige zu nennen.

Gleichzeitig erhöhte das Putin-Regime noch einmal den Druck auf kritische Mitbürger. Für die Benutzung von Worten wie Krieg, Überfall oder Okkupation können hohe Geld- und Gefängnisstrafen verhängt werden. Jetzt ist die Basis gefragt, auf der das System Putin ruht. Mehrere Stützpfeiler haben es bisher aufrechterhalten.

Rückgrat und wichtigste Stütze: Die Geheimdienste

Die Jahre unter der Regentschaft von Boris Jelzin (1991–1999) waren politisch die beste Zeit für Russlands Liberale. Sie genossen so viel Freiheit wie nie zuvor. Ebenso die Medien, Zeitungen wurden massenhaft gegründet, private Fernsehstationen gingen auf Sendung. Der TV-Sender des Oligarchen Wladimir Gussinskij wurde schnell zu einer höchst angesehenen Informationsquelle. Die Menschen genossen die Offenheit und den kritischen Umgang des Senders mit politischen Ereignissen. Das Satire-Programm *Kukly* (Die Puppen) von Wiktor Schenderowitsch war Kult. Respektlos wurden die führenden Politiker, der Präsident eingeschlossen, aufs Korn genommen.

Dabei sah es in der Zeit wirtschaftlich und damit auch so-

zial sehr trübe aus. Inflation, Rubel-Entwertung und Arbeitslosigkeit beutelten das Land. Heute, in der Putin-Zeit, gelten die 1990er Jahre vielen Russen als die Zeit des Chaos, der Unordnung und der politischen Wirren. Ohne die Hilfe westlicher Staaten und des Internationalen Währungsfonds hätte Russland diese schwere Zeit kaum überstanden.

Ja, das stimme alles, höre ich von meinen Freunden in Moskau. »Aber es war auch die Zeit der Hoffnung auf eine neue, offene und demokratische Gesellschaft, in der die Bürger des Landes die Rechte und Freiheiten, wie sie auf dem Papier standen, auch im Alltagsleben genießen wollten und weitgehend auch konnten.« Heute gehe es ihnen wirtschaftlich besser, aber dafür sei die Hoffnung auf eine freie Gesellschaft dahin, Russland sei erstarrt in der autokratischen Herrschaft eines scheinbar »ewigen« Präsidenten, die einen Gauner-Kapitalismus hervorgebracht habe.⁴

Wladimir Putin brauchte 20 Jahre, diese Staatsform zu schaffen, die inzwischen auch als Putinismus, auch Putins Kleptokratie genannt, in den Sprachgebrauch eingegangen ist. Seine vorherrschenden Merkmale sind Klientelismus, Korruption und Rentenökonomie.⁵

Das Rückgrat des Systems bilden die russischen Geheimdienste, deren Führungspersonal seinen Aufstieg mehrheitlich der gemeinsamen Zeit mit Putin in Leningrad/St. Petersburg verdankt. Sie hatten schon damals den Ruf, nützlich und loyal zu sein und über weitverzweigte Mafiakontakte zu verfügen. Sie haben nach Putins Einzug in den Kreml im Jahr 2000 zügig die Führungsstellen in anderen Sicherheitsdiensten, im Staatsapparat, in den Parlamenten, der Justiz und der Wirtschaft besetzt. Die Geheimdienste hatten das erhalten, was ihnen in den 1990er Jahren noch verwehrt gewesen war, die Immunität vor jedweder äußeren Kontrolle.

Sie waren hilfreich beim Aufbau der »Vertikale der Macht«, mit der die demokratischen Institutionen, das System von

»Checks and Balances« zwischen Exekutive und Legislative, ausgehebelt und die Unabhängigkeit der Justiz, soweit vorhanden, weitgehend beseitigt wurde. Sie bilden heute die neue herrschende Klasse in Russland. Präsident Putin gebietet über mehrere Geheim- und Sicherheitsdienste. Dies sind die wichtigsten:

Der Föderale Sicherheitsdienst (FSB) untersteht direkt dem Präsidenten, die operative Leitung obliegt seit 2008 dem FSB-Direktor Alexander Bortnikow. Der enge Vertraute des Kreml-Chefs gehört zum Kreis der »Leningrader«. Das Aufgabenfeld des Dienstes umfasst die Spionageabwehr, den Schutz von Staatsgeheimnissen, die Bewachung der Grenzen, den Kampf mit besonders gefährlichen Formen des organisierten Verbrechens, den Kampf gegen den Terrorismus, die Beteiligung am Kampf gegen die Korruption. Es gehört auch zu den üblichen Praktiken des Geheimdienstes, politisch Missliebige durch fingierte Vorwürfe mundtot zu machen und/oder ins Gefängnis zu bringen. Der FSB ist der direkte Nachfolger des sowjetischen KGB. Der deutsche Verfassungsschutz schätzt die Zahl der FSB-Mitarbeiter heute auf rund 350 000. Von ihnen sind 66 200 Militärangehörige, darunter 4000 Mann in Spezialeinheiten wie Alpha und Wympel. Auch 160 000 bis 200 000 Angehörige der Grenztruppen gehören zum FSB.

Im Krieg mit der Ukraine, der wesentlich schleppender und verlustreicher verlief, als Moskau es vorgesehen hatte, kamen Zweifel an der Professionalität des FSB auf. Bei einem Treffen im Kreml habe Putin die für die Auslandsaufklärung Verantwortlichen beim FSB »attackiert«, schrieb der Kremlkenner und Geheimdienstexperte Andrej Soldatow auf Twitter. Soldatow zufolge wurden der Leiter Sergej Beseda und sein Stellvertreter unter Hausarrest gestellt. Der britischen *Times* sagte der Experte, es könne gut sein, dass der FSB realistische Kenntnisse über die Lage in der Ukraine hatte. Die Frage sei nur, was davon an Putin weitergegeben worden sei. »Das Problem liegt darin, dass es für die Verantwortlichen oft riskant ist, Putin Dinge mit-

zuteilen, die er nicht hören will«, so Soldatov. Daher würden sie Informationen für ihn »frisieren«. ⁶

Auf der Facebook-Seite des Menschenrechtlers Vladimir Osechkin erschien ein Frontbericht, der das zu bestätigen scheint. Der anonyme Autor sei ein Insider aus den russischen Sicherheitsdiensten, versicherte Osechkin, der auch die Website Gulagu-net.ru betreibt. Der Informant berichtete, man mache den FSB für das Scheitern der »Blitzaktion« verantwortlich. Dabei sei er vorab gar nicht vom geplanten Angriff informiert gewesen. Inzwischen herrsche in den Armeeeinheiten ein völliges Durcheinander. Niemand wisse, wie hoch die Verluste seien. Sie könnten zwischen 2000 und 10000 Toten liegen, »wahrscheinlicher sind zehntausend«. Seiner Meinung nach habe Russland noch bis zum Juni Zeit, irgendeine Lösung zu finden, »denn im Juni haben wir keine Wirtschaft, einfach nichts mehr«. ⁷

Der Dienst für Auslandsaufklärung (SWR), dessen Zentrale sich in Batschurino am Stadtrand von Moskau befindet, ist ausschließlich im Ausland aktiv und befasst sich mit politischer Spionage. Er soll herausfinden, welche Ziele und Absichten andere Mächte, aber auch Organisationen und führende Politiker verfolgen, und nach Möglichkeit die russische Außenpolitik im internationalen Umfeld unterstützen. Eine weitere Aufgabe besteht in der Wirtschaftsspionage, das heißt in der Beschaffung von geheimen Informationen über Wirtschaft, Finanzen, Rohstoffe, seltene Metalle sowie über Marktentwicklungen der außenpolitischen Konkurrenten Russlands. Und schließlich haben die SWR-Leute die Aufgabe, wissenschaftlich-technische Entwicklungen auszuspähen und nach Möglichkeit zu stehlen. Der wohl größte Coup der sowjetischen Spionage war die Beschaffung der Baupläne für die Atombombe aus Los Alamos. Im Sommer 2019, nach der Explosion einer russischen »Superwaffe« bei Sewerodwinsk, hat der damalige US-Sicherheitsberater John Bolton Russland beschuldigt, die Technologie für die Hyperschall-Fluggeräte in den USA gestohlen zu haben. ⁸

Der Föderale Wachdienst der Russischen Föderation (FSO) ist für die Sicherheit des staatlichen Führungspersonals zuständig. Er nutzt dazu auch Methoden der verdeckten Aufklärung und sichert die Spezialkommunikation zwischen den Mitgliedern der Führung und den Regionen. Aus seiner besonderen Nähe zur Führung des Landes erwächst in der Truppe das Gefühl, eine besondere Willkür gegenüber den weniger Privilegierten ausleben zu können. Im Februar 2018 beauftragte Putin den FSO, sich nun auch um die Sicherheit der IT-Systeme der russischen Führung und um die Abwehr von »Informationsattacken« zu kümmern. FSO-Chef ist seit 2016 Generaloberst Dmitrij Kotschnjow.

Der Föderale Dienst der Nationalgarde der Russischen Föderation ist ein spezieller Geheimdienst der rund 400 000 Mann starken Nationalgarde, die 2016 geschaffen wurde und die dem Präsidenten direkt untersteht. Befehligt wird sie von Wiktor Solotow, Putins Bodyguard aus St. Petersburger Zeiten. Die Nationalgarde selbst ist in Verruf geraten als die kriminellste aller Machtstrukturen Russlands. Führungsposten in der Nationalgarde und die Kaderpolitik musste Putin im Sommer 2019 in die Hände des FSB legen, um wieder halbwegs für Ordnung in der Garde zu sorgen.⁹

Die Hauptverwaltung des Generalstabs für Militärspionage, die immer noch mit ihrer sowjetischen Bezeichnung GRU genannt wird, gilt als eine der skrupellosesten Auslands-Spionageorganisationen. Sie untersteht dem Generalstabschef der russischen Streitkräfte. Ihre Aufgabe besteht laut Selbstbeschreibung in der Beschaffung von Aufklärungsinformationen, die unerlässlich sind für die Beschlussfassung in den Bereichen von Politik, Ökonomie, Verteidigung, Wissenschaft, Technik und Ökologie. Es gilt als erwiesen, dass Mitarbeiter dieser Hauptverwaltung unter anderem den Giftanschlag auf den russischen Ex-Geheimdienstmitarbeiter Sergej Skripal und seine Tochter in Salisbury in England ausgeführt haben.

Die Hauptverwaltung für Spezialprogramme des Präsidien-

ten (GUSP) ist kein Geheimdienst im herkömmlichen Sinne. Sie selbst ist indes so geheim, dass relativ wenig über diese Organisation bekannt ist. Sie hat offiziellen Angaben zufolge die Aufgabe, mit dem ihr unterstehenden Dienst für Sonderobjekte (SSO) in Friedenszeiten alle Vorbereitungen dafür zu treffen, dass der Staatsapparat im Falle eines Krieges vor Angriffen geschützt ist und funktionsfähig bleibt. Das heißt konkret, dass die GUSP das Netz geheimer Bunker, unterirdischer Tunnel und Versorgungseinrichtungen im ganzen Land verwaltet. In Moskau, so vermuten Experten, soll es zwischen Lomonossowskij-, Mitschurinskij- und Werdnadschik-Prospekt eine komplette unterirdische Stadt geben. Auch soll eine geheime Metro-Linie existieren, die vom Kreml zum Flughafen Wnukowo führt. Im Sommer 2019 geriet die Organisation in die Schlagzeilen, als sich der 55-jährige Andrej Kudrjaschow aus der Wohnung eines Hochhauses zu Tode stürzte. Kudrjaschow war der Finanzchef des SSO und kurz zuvor wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten in seiner Organisation entlassen worden.¹⁰

Diese Struktur der russischen Sicherheitsdienste ist das Ergebnis des Umbaus des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit (KGB – Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti), der Anfang der 1990er Jahre unter Leitung des damaligen KGB-Chefs Wadim Bakatin stattfand.¹¹ Er zerlegte den Geheimdienst-Moloch im Auftrage von Präsident Boris Jelzin in einzelne Teile, der Geist der alten »Tschekisten« blieb jedoch erhalten.

Die zweite Stütze: die Chefs der Staatsunternehmen

Es ist bezeichnend für den archaischen Zustand des russischen Wirtschaftssystems, dass drei Öl- und Gaskonzerne, eine staatliche Bank und der Monopolist Russische Eisenbahnen die ersten fünf Plätze der größten Unternehmen des Landes einnehmen. Von einer Diversifizierung der Wirtschaft, die Kreml-Chef Putin für überlebenswichtig im 21. Jahrhundert hält, von Hightech-